



„Österreich da

Ex-Vizekanzler Hannes Androsch will mit seinem Bildungsvolksbegehren ein Zeichen für mehr Reformen setzen. Im Couleur-Interview spricht er über seine Beweggründe.

INTERVIEW: MAG. AXEL SONNTAG V/O GALILEO (MDK)*

Vor Kurzem haben Sie das Volksbegehren Bildungsinitiative mit dem auffordernden Titel „Österreich darf nicht sitzen bleiben“ initiiert und damit innenpolitisch viel Aufmerksamkeit erhalten. Was hat Sie dazu veranlasst?

Die wachsende Bildungsarmut in unserem Land. Wenn jährlich 9.000 Schülerinnen ohne Abschluss die Schulen verlassen und sich weitere 15 % mit dem bloßen Pflichtschulabschluss begnügen, dann werden das zunächst einmal teure und traurige Fälle für die Sozialhilfe. Auf der anderen Seite fehlen uns qualifizierte Kräfte. Dazu kommt noch, dass 21% der 15-Jährigen nicht sinnerfassend lesen können und auch in Deutsch und Mathematik schwach sind. Das ist kein Ruhmesblatt für unser Bildungssystem. Da

muss dringend etwas geschehen. Dasselbe gilt für unsere Universitäten. Hier kommen jährlich rund 50.000 neue Studierende, aber nur 24.000 verlassen die Unis mit einem Abschluss. In manchen Massenfächern werden bis zu 80 % der Inskribierten im ersten Jahr wieder hinausgeprüft. Das sind alarmierende Zustände.

Wird in Österreich vom Thema Bildung gesprochen, ist der Begriff PISA-Test nicht weit. Was halten Sie persönlich von derartigen Ratings und dem bereits aufkommenden „Hintrainieren“ der Schüler/-innen auf zukünftige PISA-Tests?

Kein Staat weiß, wie leistungsfähig sein Bildungssystem ist, wenn er keine Vergleiche hat. Sie sind daher unentbehrlich. So empfinden das auch die 36 bis 41 Teil-

nehmer-Länder. Natürlich können Tests immer noch verbessert werden – und das geschieht ja auch. Vor einem „Hintrainieren“ der Schülerinnen auf Tests braucht sich gerade Österreich nicht zu fürchten. Im Vergleich zu den meisten anderen Ländern gibt es bei uns immer noch keine „nationalen“ PISA-Tests. Sie werden allerdings sehr bald kommen, vermutlich dreimal im Verlauf der Schulzeit.

Ebenso im Volksbegehren verankert ist „die Trennung der Kinder nach ihren Interessen und Begabungen erstmals am Ende der Schulpflicht“. Dies birgt wohl traditionell einen der größten großkoalitionären Konfliktpunkte. Ich vermute, dass Sie mit der konkreten Formulierung versuchen die Debatte auf ein sachliches Niveau zu heben ...

Sie haben recht, es geht uns um eine Versachlichung der Debatte. Dazu einige Fakten: Nur mehr in Österreich und Deutschland werden Schülerinnen bereits mit 10 Jahren getrennt. Sonst macht das kein Land mehr. Wie aus einer jüngsten Studie hervorgeht, führt diese Trennung dazu, dass Österreich einen Spitzenplatz bei der sozialen Diskriminierung im Bildungsbereich einnimmt und uns daher jährlich tausende von begabten Kindern aus bildungsfernen Schichten für eine höhere Qualifikation verloren gehen. An diesem dramatischen Verlust kann keine politische Partei in Zukunft mehr vorbeigehen.

Weiters verbinden Sie die Kritik an der – im OECD-Vergleich – in Österreich unterdurchschnittlichen Akademiker/-innen-Quote mit der Forderung, diese auf 40 % zu erhöhen. Wie stehen Sie aber zu dem Phänomen, dass früher viele Vorstände „nur“ Matura hatten und damit äußerst erfolgreich waren?

Die Zeiten ändern sich. Früher hat es auch keine so komplexen Probleme gegeben wie heute, keine so engen internationalen Verflechtungen wie jetzt im Zuge der Glo-

„Wir dürfen nicht sitzen bleiben“

balisierung. Zu deren Bewältigung bedarf es weltweit besserer Qualifikationen auf allen Ebenen. Daher wird immer mehr nicht nur das Schicksal der einzelnen Menschen von ihrer Bildung und Kreati-

”

Mir geht es um eine Versachlichung der Debatte.

“

vität abhängen, sondern auch das ganze Land und Regionen. Freilich müssen auch wir uns in Österreich daran gewöhnen, dass z.B. ein Bachelor-Degree „nur“ eine bessere Qualifikation bedeutet und nicht etwa den Eintritt in einen „höheren Stand“, also den der Akademiker. Dieses altertümliche Standesdenken ist heute weltweit passé.

Dem Vernehmen nach sind derzeit Volksbegehren zu weiteren Politikfeldern (etwa von Kbr. Claus Raidl zum Thema Föderalismus) in Planung. Ist die österreichische Bundesregierung alleine nicht dazu in der Lage, maßgeblich den Ton anzugeben?

Nicht nur PISA, auch andere internationale Studien dokumentieren, dass wir mit unserem Bildungsstandard im Ländervergleich weit ins Hintertreffen geraten sind. Längst hätten bei allen Verantwortlichen die Alarmsirenen anschlagen müssen. Österreich befindet sich bezüglich seiner Bildungsergebnisse im freien Fall.

Jährlich bleiben 9.000 Schüler ohne Abschluss. 25 % der 15-Jährigen können nicht sinnerfassend lesen, ein etwa gleich großer Prozentsatz kann nicht ordentlich rechnen. 30 % unserer Kinder sind laut PISA Problemschüler. D.h. sie haben keine vertretbaren Erfolge beim Lesen, in Mathematik und Naturwissenschaften. In Finnland sind das nur 5%. Die Folgen sind katastrophal. Wer keinen Schulabschluss erreicht, findet schwer Arbeit. Sinkt das

Bildungsniveau, steigen die Sozialkosten und es reduziert sich die wirtschaftliche Leistungskraft.

Um das zu ändern, richtet sich das Volksbegehren nicht gegen die Regierung, sondern will als überparteiliche Initiative die beiden zuständigen Ministerinnen bei ihren Bemühungen unterstützen, die Verkrustungen aufzubrechen.

Sie werden am 18. April bereits ihren 73. Geburtstag feiern und scheinen noch nicht daran zu denken „in Pension“ zu gehen. Hätten Sie für die ÖBB gearbeitet, wären Sie im Durchschnitt schon seit fast 24 Jahren im (Vor-)Ruhestand. Woher nehmen Sie die Energie, sich bis heute derart aktiv einzubringen?

Ich schätze dieses Land und kenne es aufgrund meines Alters schon sehr lange. Daher weiß ich auch aus eigener Erfahrung, was früher war und in welche Richtung wir uns heute bewegen.

Die rasante Talfahrt unserer Bildungsentwicklung ist für mich – und nicht nur für mich allein – im höchsten Maße alarmierend. Daher möchte ich sie mit aller

”

Die überparteiliche Initiative will die beiden zuständigen Ministerinnen unterstützen.

“

Kraft und allen zur Verfügung stehenden Mitteln aufhalten und umkehren. Das ist der einfache Grund meines Engagements in dieser Sache. Ich bin in meinem Selbstverständnis ein Citoyen und sehr froh darüber, gesund zu sein und mein Selbstverständnis auch aktiv umsetzen zu können, wie jetzt beim Bildungsvolksbegehren.

**Bis 1. Juli, 8.032
Unterschriften notwendig.**

Unterstützt wird Androschs Initiative derzeit von knapp 20 Organisationen.

Ablehnung kommt von Wissenschaftsministerin Ksw. Dr. Beatrix Karl (VCS), die das Volksbegehren mangels Forderung als zu wenig mutig kritisiert. Unterstützungserklärungen liegen in allen Gemeindeämtern und Magistratischen Bezirksämtern noch bis 1. Juli auf. Das eigentliche Volksbegehren soll im September stattfinden.

Das Bildungsvolksbegehren im O-Ton:

Wir fordern mittels bundes(verfassungs)gesetzlicher Regelung ein faires, effizientes und weltoffenes Bildungssystem, das vom Kleinkind an alle Begabungen fördert und Schwächen ausgleicht, autonome Schulen unter Einbeziehung der SchulpartnerInnen und ohne Parteieneinfluss, eine leistungsdifferenzierte, hochwertige gemeinsame Schule bis zum Ende der Schulpflicht und ein Angebot von ganztägigen Bildungseinrichtungen, eine Aufwertung des LehrerInnenberufs und die stetige Erhöhung der staatlichen Finanzierung für Universitäten auf 2% des BIP bis 2020.

zur person

Dr. Hannes Androsch (* 18. April 1938 in Wien) ist Unternehmer, ehemaliger SP-Politiker und Steuerberater. Er war unter anderem CA-Generaldirektor, Finanzminister, Vizekanzler, Konsulent für die Weltbank und Regierungskommissär für die österreichische Beteiligung an der Expo 2010 in Shanghai.